

Presseinformation

Potsdam, 13. Januar 2010

Nach der heutigen Anhörung des Hauptausschusses zu den Gesetzentwürfen zu einer Überprüfung mit hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeit beim MfS, **erklärt die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser:**

Qualifizierter Gesetzentwurf soll nächste Woche in den Landtag eingebracht werden

Der Gesetzentwurf der CDU wurde als nicht mit der Verfassung des Landes Brandenburg vereinbar qualifiziert, ebenso wie der zur nächsten Landtagssitzung vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes (Ausschluss von Mitgliedern des Landtages von der Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission). Die heutige Anhörung hat deutlich gemacht, dass Brandenburgische Landtagsabgeordnete, die mit dem MfS zusammengearbeitet haben aus Experten-Sicht nicht zur Mandatsniederlegung gezwungen werden können.

Hingegen wurde der vorliegende Änderungsantrag von SPD, DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen als verfassungskonform gewertet und zugleich ein bestimmter Ergänzungsbedarf deutlich.

Gemeinsam mit SPD und Grünen wird sich DIE LINKE dafür einsetzen, dass zur Landtagssitzung am kommenden Donnerstag (21.1.) endlich eine abstimmungsfähige Vorlage vorliegt, die dann möglichst von allen Fraktionen getragen sein sollte.

Deshalb wird sich DIE LINKE im Hauptausschuss am kommenden Dienstag dafür starkmachen, den Gesetzesentwurf abschließend zu beraten, um schnellstmöglich mit dem Abgeordnetengesetz ein verfassungskonformes Verfahren zur Überprüfung der Abgeordneten auf dem Tisch zu haben.

DIE LINKE Fraktion
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Pressesprecherin:
Alexa Lamberz
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40
E-Mail: pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de